

## Deutschland in der Krise: BIP-Prognose auf 0,0 % gesenkt!

Die deutsche Wirtschaft stagniert 2025 erstmals seit drei Jahren. Prognosen senken, Maßnahmen zur Stärkung gefordert.



**Deutschland** - Die deutsche Wirtschaft zeigt sich weiterhin krisenanfällig und kommt nicht aus ihrer Stagnation. Laut einem aktuellen Bericht von [maz-online.de](https://www.maz-online.de) wird die Konjunkturprognose erneut gesenkt. Für das laufende Jahr wird ein stagnierendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,0 Prozent erwartet, was das dritte Jahr in Folge ohne Wachstum bedeutet.

Die geschäftsführende Bundesregierung hatte noch im Januar 2023 mit einem leichten Wachstum von 0,3 Prozent gerechnet. Die Wirtschaft befindet sich in einer als „schwierige Phase“ beschriebenen Situation, die durch zwei Rezessionsjahre belastet ist. In einem optimistischeren Moment im vergangenen Herbst wurde für 2025 ein Wachstum von 1,1 Prozent

prognostiziert, doch diese Erwartungen wurden mittlerweile deutlich nach unten korrigiert.

## **US-Zollpolitik als Belastung**

Ein entscheidender Faktor für die negative Entwicklung ist die unberechenbare Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump. Diese Politik hat nicht nur zu Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten geführt, sondern auch die globalen Wachstumsaussichten eingetrübt. Die Auslandsnachfrage für die exportstarke deutsche Wirtschaft ist spürbar schwach, und mit der Prognose, dass die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2025 erneut sinken wird, stellt sich die Lage weiter als angespannt dar, wie auch [zeit.de](#) berichtet.

Die Unsicherheit aufgrund anstehenden US-Importzöllen auf Waren aus Mexiko, Kanada und China wird als zusätzlicher Gegenwind für die deutsche Exportwirtschaft wahrgenommen. Die Stimmung bei deutschen Unternehmen hat sich zwar leicht verbessert, doch insgesamt bleibt die konjunkturelle Grundtendenz schwach. Laut einer aktuellen Studie plant jedes dritte Unternehmen, in diesem Jahr Stellen abzubauen, was die negative Stimmung weiter verstärkt.

## **Maßnahmen zur Stabilisierung**

Um der stagnierenden wirtschaftlichen Lage entgegenzuwirken, plant die voraussichtliche neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD verschiedene Maßnahmen. Dazu gehören bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, eine Senkung der Energiekosten sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Auch der Abbau von Bürokratie und die Senkung der Unternehmenssteuern sind angedacht, um das Wirtschaftswachstum anzuregen.

Zusätzlich sollen die Kosten beim Ausbau erneuerbarer Energien gesenkt werden. Experten der [ifo.de](#) warnen jedoch vor hohen Prognoserisiken aufgrund der wirtschaftspolitischen

Entscheidungen beider Staaten. Während die öffentliche Bauwirtschaft robust bleibt, könnte die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe voraussichtlich zurückgehen. Gleichzeitig wird ein langsamer Anstieg der privaten Konsumausgaben prognostiziert.

Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung bleibt eines der größten Probleme. Die Bundesregierung muss nun klare und zukunftsgerichtete wirtschaftspolitische Maßnahmen entwickeln, um das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft zurückzugewinnen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Infrastruktur
<b>Ursache</b>	US-Zollpolitik, wirtschaftliche Unsicherheit
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.maz-online.de">www.maz-online.de</a></li><li>• <a href="http://www.zeit.de">www.zeit.de</a></li><li>• <a href="http://www.ifo.de">www.ifo.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**